

Nur eine Gegenstimme beim 1. Parteitag

Mit nur einer Gegenstimme konstituierte sich die neue Landespartei CDU Nordrhein-Westfalen auf ihrem Parteitag in Münster in der Halle Münsterland. (Über die Veranstaltung berichtet das Deutsche Monatsblatt ausführlich.)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl fand für seine Rede begeisterte Zustimmung. Insgesamt ging der Parteitag mit sehr viel Schwung über die Bühne. In Gesprächen mit Bonner Mitarbeitern und vor dem Bundesvorstand äußerte sich Kohl positiv über seine nordrhein-westfälischen Eindrücke. Gegenüber dem CDU-NRW-Landesvorsitzenden, Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf, stellte er fest: „Ich bin der Meinung, daß die CDU NRW sich zunehmend in einem wahlkampfbereiten Zustand befindet. Ich war am Samstag in Münster bei dem — wie ich finde — sehr gelungenen 1. Parteitag der CDU von Nordrhein-Westfalen. Das war ja noch der feierliche Fusionsbeschuß, aber das war natürlich geistig schon vorweggenommen. Ich habe dort gemerkt, daß die

Partei in dem für uns wichtigsten Bereich der Bundesrepublik Deutschland Tritt gefaßt hat, kämpferisch ist und marschiert, und zwar in einer guten Stimmung, in einer guten Gesinnung miteinander und untereinander.“

Als „Erklärung von Münster“ verabschiedete der Landesparteitag einmütig ein Papier, daß sich mit der Zukunft der CDU NRW und des Landes beschäftigt. Den Wortlaut des Papiers bitten wir dem Deutschen Monatsblatt zu entnehmen.

Hier geben wir kurz die Besetzung der jeweils ersten zehn Plätze zu den Wahlvorgängen des Parteitages bekannt. Delegierte für den Bundesausschuß wurden in der Reihenfolge der Stimmen: Biedenkopf, Pützhofen, Worms, Wilms, Thoben, Wafenschmidt, Karwatzki, Ostrop, Lammert, von Westphalen.

Bei der Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag führte mit 519 Stimmen Minister Dr. Norbert Blüm. Es folgten weiter Worms, Biedenkopf, Wilms, Pützhofen, Windelen, Thoben, Karwatzki, Wafenschmidt, von Heeremann.

MIT nun landesweit unter Vorsitz von Hauser

Rund 350 Delegierte der CDU-Mittelstandsvereinigung waren in den Radsschlägersaal der Düsseldorfer Stadthalle gekommen, um dort die Mittelstandsvereinigung Nordrhein-Westfalen zu gründen.

Effektvoll hatte man die Stirnwand des Saales mit einem Schild dekoriert, das noch die Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe auswies. Nach Verabschiedung der Satzung wechselten Vorstandsmitglieder beider Verbände das

Schild gegen die neue „Adresse“ Nordrhein-Westfalen aus.

Die Delegierten wählten mit 318 Stimmen den bisherigen Rheinland-Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser aus Krefeld, zum neuen Landesvorsitzenden. Vizevorsitzende wurden Dieter Berchem aus Essen, Palamentarischer Staatssekretär Dr. Friedrich Adolf Jahn MdB aus Münster, Professor Dr. Winfried Pinger MdB aus Köln, Martin Egon Ecker aus Herdecke und Martin Kannegießer aus Vlotho, Schatzmeister ist Horst Schröder aus Königswinter und sein Stellvertreter Jochen Borchert aus Bochum.

Die Mittelstandsvereinigung Nordrhein-Westfalen hat 12 000 Mitglieder. Der bis-

her für MIT Rheinland zuständige Geschäftsführer Klaus Fenske erledigt jetzt die Organisation der neuen Landesvereinigung. Der 1. stellv. Landesvorsitzende Dieter Pützhofen hatte die Versammlung begrüßt und das Hamburger Wahlergebnis analysiert, das sowohl zu Hoffnungen, aber auch zu realistischer Wertung der Wahlchancen Anlaß biete. Der CDU-Landesvorsitzende Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf begeisterte die Delegierten mit einer Rede, in der er den leistungsfähigen Mittelstand als Maßstab der Bürgerfreiheit herausstellte. Der neue MIT-Vorsitzende Hansheinz Hauser dankte allen, die an der bisher so erfolgreichen Geschichte der Mittelstandsvereinigung im Lande mitgewirkt hatten, vor allem dem bisherigen westfälischen Landesvorsitzenden Paul Schmand.

Ansätze zu Kompromissen

Im Namen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Nordrhein-Westfalen nahmen der Landesvorsitzende, Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, und sein Stellvertreter, Dr. Gerhard Rödding, MdL, Stellung zu der Schrift „Verantwortung für Gottes Schöpfung“, die die Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen der Landessynode vorgelegt hatte. Klose und Rödding begrüßten, daß die Schrift „Ansätze zu fruchtbaren Kompromissen bietet, weil sie keine radikalen Lösungen vorschlägt“. In dem an den Vorsitzenden der Synode, Präses Hans-Martin Linemann, gerichteten Brief heißt es weiter:

„Wir würden es begrüßen, wenn in einigen Punkten ein klares Wort gesagt wür-

de. So wäre es zum Beispiel gut, wenn die Kirche selbst sich zu ihrer Mitverantwortung für all diese Fragen deutlicher bekennen würde. Durch die Kirchensteuer ist sie eng mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Einbußen von Einkommen zugunsten des Umweltschutzes sind auch Einbußen an Kirchensteuern. Diesen Zusammenhang sollte man nicht verschweigen, sondern die Konsequenzen sollten frühzeitig bedacht und allen kirchlichen Mitarbeitern bewußt gemacht werden. Er muß vor allem solchen Christen entgegengehalten werden, die wirtschaftliches Wachstum schon a priori für schädlich halten.“

Darüber hinaus wäre es gut, wenn die Synode erkennen würde, daß es ein Irr-

weg war, über Jahrzehnte die Theologie der Schöpfung zugunsten der Christologie in den Schatten treten zu lassen. Dadurch ist ein geistiges Defizit in unserem Volk entstanden, das wesentlich dazu beigetragen hat, daß sich die Naturwissenschaft so stark von ethischen Prinzipien emanzipieren konnte, wie es heute der Fall ist. Unseres Erachtens besteht auf diesem Gebiet ein nicht zu unterschätzender Nachholbedarf, den man kaum in wenigen Jahren wird aufholen können.

Auch Denkschriften werden dieses Ziel nicht erreichen, wenn nicht ein deutlicher Prozeß des Umdenkens in der Kirche beginnt.

In diesen Zusammenhang gehört die Neigung vieler Menschen, Natur und Schöpfung zu verwechseln. Das Natürliche gilt von vornherein als das Gute. Wenn gleich es richtig ist, daran zu erinnern, daß ein einfacheres, natürlicheres Leben besser ist, als den gesamten Wohlstand unserer Zeit auszukosten, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Schöpfungsgeschichte uns aufgibt, die natürliche Welt kulturell zu gestalten. Daß dies immer mit Eingriffen in die Natur und auch mit entsprechenden Gefährdungen verbunden ist, gehört zur menschlichen Existenz und ist daher unumgänglich. Dies gegenüber denen festzustellen, die auch heute — nach dem Vorbild früherer Geschichtsepochen — ein „Zurück zur Natur“ propagieren, scheint uns eine wichtige Aufgabe der Theologie zu sein, die noch deutlicher wahrgenommen werden müßte, als es die vorgelegte Schrift tut.

Von der Synode erwarten wir vor allem ein Wort der Ermutigung. Nach den Umweltkatastrophen der letzten Zeit haben viele Menschen Angst. Jeder, der öffentliche Verantwortung trägt, wird die Angst

der Menschen ernst nehmen, sich aber gleichzeitig verpflichtet wissen, ihr entgegenzutreten. Müßte nicht gerade von einer Synode die Überzeugung ausgehen, daß Gott seine Schöpfung nicht verläßt? Wir halten es für eine wichtige Aufgabe, dieses christliche Vertrauen deutlich herauszuarbeiten und in seiner politischen Tragweite sichtbar zu machen. Die politische Wirkung eines ermutigenden Wortes würde größer sein, als wenn die Synode zu Einzelfragen politische Lösungsvorschläge erarbeitete.

Wer die innerkirchliche Debatte über die vorgelegte Schrift beobachtet, kommt an der Feststellung nicht vorbei, daß in manchen kirchlichen Kreisen Lösungen mit Hilfe von staatsdirigistischen Mitteln gesucht werden. Oft wird behauptet, im System der sozialen Marktwirtschaft seien die Umweltprobleme überhaupt nicht zu lösen. Abgesehen davon, daß die schlimmsten Umweltprobleme in Ländern mit einem staatsdirigistischen System (Tschernobyl, Erzgebirge u. a.) entstanden sind, meinten wir, daß die Fragen nur dann gelöst werden können, wenn jedermann sich ihrer bewußt ist und seinen Beitrag leistet. Der Wille des einzelnen, mitzumachen, und seine persönliche Motivation können nach den Erfahrungen der letzten 30 Jahre in einem System der sozialgebundenen Marktwirtschaft am besten zum Tragen kommen.

Es gibt kein Wirtschaftssystem in der Welt, das dem Menschen mehr Entfaltung seiner Persönlichkeit gewährt und gleichzeitig seine Verantwortung für das Ganze in Anspruch nimmt. Diese Spannung zwischen Freiheit und Verantwortung sichtbar zu machen, ist unseres Erachtens eine wichtige Aufgabe der Synode. Hier Lösungen zu finden ist auch politisch wirkungsvoller, als der Bundes-

republik Deutschland lediglich global ein anderes Wirtschaftssystem zu empfehlen, wie es heute in manchen Kreisen geschieht.

Zöpel will in jedem Dorf kassieren

Der Wohnungsexperte der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Jaeger, hat sich gegen die Absicht von Bauminister Zöpel (SPD) gewandt, ab 1987 auch in den Städten und Gemeinden unter 300 000 Einwohnern die Fehlbelegerabgabe zu erheben.

Jaeger: „Obwohl die Fehlbelegerabgabe ihr Ziel, den Wohnungsbau zu beleben, nicht erreicht hat und sogar von den sozialdemokratischen Oberbürgermeistern im Ruhrgebiet abgelehnt wird, hält die SPD-Landesregierung mit aller Gewalt an ihr fest. Nun will Zöpel auch im letzten Dorf mit abkassieren.“

In diesem Jahr sei der soziale Mietwohnungsbau trotz der Fehlbelegerabgabe in NRW fast auf Null gesunken. Jaeger forderte Ministerpräsident Rau auf, seinen Minister zu bremsen und aus den zahlreichen leerstehenden teuren Sozialwohnungen den einleuchtenden Schluß zu ziehen, die längst überflüssige Fehlbelegerabgabe ganz abzuschaffen.

Schon jetzt werden nach Jaegers Worten bis zu 40 Prozent der Einnahmen aus der Fehlbelegerabgabe von den Verwaltungskosten aufgezehrt. Wenn nun eine landesweite Bürokratie zur ständigen Überprüfung der Einkommen aller Bewohner von Sozialwohnungen aufgebaut werde, sei zu befürchten, daß die Verwaltungskosten die Einnahmen übersteigen.

Im übrigen sei unrichtig, daß die Fehlbelegerabgabe nur von „Besserverdienenden“ erhoben werde. So beginnt z. B. bei Ledigen die Zahlungspflicht bei einem Monatsverdienst von 2 160 DM brutto, Verheiratete werden bereits ab einem Brutto-Familieneinkommen von monatlich 3 180 DM zur Kasse gebeten.

Die Fehlbelegerabgabe trifft damit deutlich die „kleinen Leute“.

Theodor-Wolff-Preis

Das Bewußtsein für Qualität, Bedeutung und Verantwortlichkeit journalistischer Arbeit in der Öffentlichkeit lebendig zu erhalten, war der Grundgedanke bei der Schaffung des Theodor-Wolff-Preises, der in diesem Jahr zum 26. Mal ausgeschrieben wird. Verliehen wird er an Journalisten, deren Beiträge nach Inhalt und Stil diesem Ziel dienen und in besonders gelungener Weise für die Aufgabe und Fähigkeit eines kritischen Journalisten vorbildlich erscheinen.

Der Theodor-Wolff-Preis 1986 wird in fünf gleichrangigen Einzelpreisen von je 8 000,— DM verliehen, wobei zwei Preise für Artikel aus dem lokalen Bereich ausgesetzt sind. Darüber hinaus werden zwei Förderpreise in Höhe von je 4 000,— DM an Journalisten vergeben, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen.

Jeder Bewerber kann einen oder zwei Artikel, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 1986 in einer Tages-, Sonntags- oder Wochenzeitung erschienen sind, einreichen. Detaillierte Ausschreibungsbedingungen können beim Kuratorium für den Theodor-Wolff-Preis, Postfach 10 50 02, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 8 10 04-25, angefordert werden.